

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Kreistag
Sitzung Nummer	16/2021-2026
Datum	15.05.2023
Sitzungsbeginn	09:00
Sitzungsende	13:00
Ort	Kreistagssitzungssaal, Karl-Kellner-Ring 51, 35576 Wetzlar

Teilnehmende**Kreistagsvorsitzender**

Volkman, Johannes

Landrat

Schuster, Wolfgang

Erster Kreisbeigeordneter

Esch, Roland

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter

Aurand, Stephan

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter -Dezernent-

Biermann, Andrea

Prof. Dr. Danne, Harald

CDU-Fraktion

Bender, Anna-Lena

Bender, Matthias

Braun, Carsten

Deusing, Kevin

Herr, Christoph Alexander

Hundertmark, Michael

Irmer, Hans-Jürgen

Krämer-Bender, Rabea

Lenzer, Carmen

Müller, Armin
Müller, Jörg Michael
Müller, Leo
Panten, Ingo
Panten, Sascha
Petersen, Nicole
Schäfer, Lisa
Dr. Schönwetter, Tim
Schumacher, Silke
Sommer, Sabine
Steinraths, Daniel

SPD-Fraktion

Arch, Stefan
Beimborn, Regina
Böcher, Jan Moritz
Breustedt, Michelle
Egler, Beatrix
Fay, Anja
Grimmer, Andrea
Hartert, Holger
Inderthal, Frank
Kunz, Cirsten
Lemler, Heinz
Polat, Murat
Dr. Rauber, David
Rauber, Heinz
Schäfer, Mechthild
Schmidt, Ingrid
Scholl, Stefan
Weppler, Elke

B90/Die Grünen

Brockhoff, Sebastian
Dworschak, Reiner
Garotti, Dorothea
Green, Emely
Hartmann, Lukas
Krohn, Martin
Klement, Martina
Dr. Marien, Jan
Dr. Rinn, Karin
Dr. Sattler, Daniel
Schelberg, Maria

FWG-Fraktion

Dr. Blöcher-Weil, Johannes
Boch, Dunja
Esch, Gudrun
Fuchs, Hans-Werner
Lefèvre, Christa
Ludwig, Jörg
Peller, Michael

AfD-Fraktion

Bellinghausen, Karlheinz
Gottsmann, Thomas
Hermann, Jacqueline Carina
Jakisch, Rudolf Georg
Mulch, Lothar
Niggemann, Andrea
Wagner, Willi

FDP-Fraktion

Berns, Wolfgang
Dr. Büger, Matthias
Dette, Wolfram

DIE LINKE

Ohnacker, Christiane
Sitte, Kevin
Zborschil, Tim

fraktionslos

Hantusch, Thassilo
Harapat, Dominic

Ehrenamtliche/r Kreisbeigeordnete/r

Bangert, Armin
Benner, Hans
Döpp, Ronald
Droß, Steffen
Hardt-El Ansari, Kerstin
Horne, Eberhard
Koch-Rein, Christiane
Müller, Elisabeth
Nickel, Diethelm
Niggemann, Klaus
Zeaiter, Sabrina

Schriftführerin

Klein, Birgit

Stellv. Schriftführerin

Müller, Katja

es fehlt entschuldigt

Ahrens-Dietz, Heike
Betz, Karin
Benner-Berns, Anna-Lena
Engel, Jürgen
Grüger, Stephan
Hugo, Klaus
Prof. Dr. Silbe, Katja
Steinraths, Frank
Dr. Viertelhausen, Andreas

Wagner, Steffen
Zühlsdorf-Michel, Carmen
Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1.

Wetzlarer Kreuz
Resolutionsantrag der CDU-Fraktion vom 13.01.2023
(A-2/2023)

TOP 2.

Außerschulische Sporthallennutzung
Antrag der CDU-Fraktion vom 13.01.2023
(A-3/2023)

TOP 3.

Studie zur Wohnraumsituation und Wohnraumbedarf im Lahn-Dill-Kreis
Antrag der CDU-Fraktion vom 13.01.2023
(A-4/2023)

TOP 4.

Förderung für Tierheime
Antrag der CDU-Fraktion vom 13.01.2023
(A-6/2023)

TOP 5.

Errichtung einer Hebammenambulanz im nördlichen Dillkreis im Rahmen eines Modellversuches
Antrag der CDU-Fraktion vom 13.01.2023
(A-7/2023)

TOP 6.

Unterstützung der Tafeln
Antrag der CDU-Fraktion vom 13.01.2023
(A-9/2023)

TOP 7.

Steigende Wolfszahlen im Lahn-Dill-Kreis
Resolutionsantrag der CDU-Fraktion vom 16.01.2023
(A-10/2023)

TOP 8.

Prüfung zur Einführung des Projektes "fifty-fifty" (Energiesparen an Schulen) an den heimischen Schulen
Antrag der Fraktionen SPD, Bgo Die Grünen, FWG und FDP vom 16.01.2023
(A-12/2023)

TOP 9.

Erfüllung Energievorgaben
Antrag der CDU-Fraktion vom 03.03.2023
(A-18/2023)

TOP 10.

Bestandsgarantie Klinikstandort Dillenburg
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 27.01.2023
(A-13/2023)

TOP 11.

Armutsbetroffenheit im Lahn-Dill-Kreis
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 27.02.2023
(A-15/2023)

TOP 12.

Theodor-Heuss-Schule
Antrag der CDU-Fraktion vom 03.03.2023
(A-16/2023)

TOP 13.

Reinigung an Schulen
Antrag der CDU-Fraktion vom 03.03.2023
(A-17/2023)

TOP 14.

Einbürgerungsfeier
Antrag der CDU-Fraktion vom 03.03.2023
(A-19/2023)

TOP 15.

Welcome-Center für Fachkräfte
Antrag der CDU-Fraktion vom 03.03.2023
(A-21/2023)

TOP 16.

Unterstützung CVJM
Antrag der CDU-Fraktion vom 03.03.2023
(A-22/2023)

TOP 17.

Notfallverbund Kulturgutschutz für den Lahn-Dill-Kreis
Antrag der CDU-Fraktion vom 03.03.2023
(A-23/2023)

TOP 18.

Konzept zur politischen Bildung
Antrag der AfD-Fraktion vom 03.03.2023
(A-26/2023)

TOP 19.

Staatsangehörigkeitsrecht
Resolutionsantrag der AfD-Fraktion vom 09.03.2023
(A-27/2023)

TOP 20.

Resolutionsantrag gegen Resolutionsanträge
Resolutionsantrag des Abgeordneten Harapat (fraktionslos) vom 26.03.2023

Sitzungsverlauf

Öffentliche Sitzung

Vorsitzender Volkmann (CDU) eröffnet die 16. Sitzung des Kreistages und begrüßt die Abgeordneten, Landrat Wolfgang Schuster, den Ersten Kreisbeigeordneten Roland Esch, den Hauptamtlichen Kreisbeigeordneten Stephan Aurand, die ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten Andrea Biermann und Prof. Dr. Harald Danne und die weiteren ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten. Weiter begrüßt er die Vertreter der Medien, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Verwaltung sowie Zuhörerinnen und Zuhörer im Saal und bei Youtube.

Vorsitzender Volkmann (CDU) begrüßt außerdem Herrn Martin Krohn, der für die Abgeordnete Petra Strehlau (B90/Die Grünen) in den Kreistag nachrückt.

Vorsitzender Volkmann (CDU) stellt die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Er weist auf die Videoaufzeichnung der Sitzung hin und bittet um Mitteilung, wenn die Aufzeichnung von Redebeiträgen nicht gewünscht werde.

Vorsitzender Volkmann (CDU) fährt fort, dass zu der Sitzung mit Schreiben vom 27. April 2023 form- und fristgerecht eingeladen worden sei. Die Beratungsunterlagen für diese Sitzung seien mit der Einladung versandt worden oder auf eigenen Wunsch digital. Die amtliche Hinweisbekanntmachung der Kreistagssitzung in der Wetzlarer Neuen Zeitung mit Nebenausgaben für das Kreisgebiet sei am 11. Mai 2023 erfolgt. Der Kreisausschuss habe in seiner Sitzung am 3. Mai 2023 für die auf der Tagesordnung stehenden Beratungspunkte und für den Sitzungstermin sein Benehmen hergestellt.

Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht. Sie gilt somit als genehmigt.

Zu TOP 1.

Wetzlarer Kreuz

Resolutionsantrag der CDU-Fraktion vom 13.01.2023

A-2/2023

Abgeordneter D. Steinraths (CDU) verliest die Begründung des Resolutionsantrages (siehe anliegender Antrag der CDU-Fraktion). Er spricht sich dafür aus, dass seitens des Kreistages ein starkes Signal für diese Resolution ausgehe, damit die anliegenden Kommunen nicht abgeschnitten würden.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) trägt vor, dass es sich um Verkehrsbeziehungen handele, die komplett auf dem Gebiet der Stadt Wetzlar liegen würden, so dass die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Wetzlar zuständig sei. Die Stadt Wetzlar habe in Verhandlungen mit der Autobahn GmbH eine Einigung erzielt, dass die Verbindungstangente zwischen Wetzlar und Blasbach bestehen bleibe. Ein Erhalt der Anbindung von Blasbach in Richtung Hanau wäre jedoch sehr teuer (12 Mio. €) und aufgrund des geringen Verkehrsaufkommens nicht notwendig.

Abgeordneter Mulch (AfD) spricht sich aus eigener Erfahrung für den Antrag aus.

Für den **Abgeordneten Irmer (CDU)** spielt die Höhe des Verkehrsaufkommens keine Rolle, da es um die Qualität des Standortes gehe. Man diskutiere über ein Gesamtprojekt B49/A480 in einer Größenordnung von 300 Mio. € bis 400 Mio. €, so dass die vergleichsweise kleine Summe von ca. 10 Mio. € gut angebracht wäre. Bedenken der Autobahn GmbH wegen des Eingriffs in die Natur und Landschaft verwundere, denn durch die neue Variante würden jährlich rund 60 Mio. zusätzliche Kilometer Umweg produziert, was ökologisch nicht sinnvoll sei.

Abgeordnete Green (B90/Die Grünen) verweist auf die vorliegenden Untersuchungsergebnisse, wonach die Verbindungstangente nicht wiederhergestellt werden solle. Die Tangente halte der Kosten-Nutzen-Analyse nicht stand. Der Erhalt der Tangente stehe zudem nicht im Interesse der Verkehrswende.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

1. Der Kreistag des Lahn-Dill-Kreises spricht sich gegen den ersatzlosen Wegfall der Verbindungstangente WZ/Blasbach – Hanau aus.
2. Der Kreistag fordert die Autobahn GmbH und alle weiteren am Entscheidungsprozess beteiligten Gremien in Bund und Land auf, eine erneute Prüfung der Sach- und Rechtslage der Verbindungstangente Wetzlar/Blasbach – Hanau (BAB A 45) vorzunehmen. Ein entsprechender Bericht soll dem Umweltausschuss des Lahn-Dill-Kreises vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dagegen

27 Ja-Stimmen (19 CDU, 7 AfD, 1 fraktionslos)

40 Nein-Stimmen (18 SPD, 10 B90/Die Grünen, 6 FWG, 3 FDP, 2 DIE LINKE, 1 fraktionslos)

2 Enthaltungen (1 FWG, 1 DIE LINKE)

Zu TOP 2.

Außerschulische Sporthallennutzung

Antrag der CDU-Fraktion vom 13.01.2023

A-3/2023

Abgeordneter Irmer (CDU) führt als Hintergrund des Antrages eine Berichterstattung in der WNZ vom Januar an. Energieeinsparung sei aktuell kein Argument mehr und in den vergangenen Jahren kein Grund für Schließungen gewesen. Die Vereine wünschten sich mehr Flexibilität und Abstimmung. Dabei solle auch an den Breitensport gedacht werden. Corona-bedingt verzeichne man Nachholbedarf. Gleichzeitig müsse Bürokratie abgebaut werden. Der Kreis solle daher zusammen mit den hallensportbetreibenden Vereinen Verbesserungen über die Nutzungsrichtlinien erarbeiten. Er erinnert an die große Bedeutung von Vereinen für die Gesellschaft durch Integration und soziale Kompetenz.

Erster Kreisbeigeordneter Esch (FWG) führt aus, dass nichts gegen eine Überarbeitung der Nutzungsrichtlinie spreche. Die Nutzungszeiten seien in nahezu allen Hallen ausgebucht. Durch die Ausweitung der schulischen Nachmittagsbetreuung und die Verlängerung von Schulzeiten würden die Zeiten des Vereinssportes jedoch eingeschränkt. Nach Absprachen mit den Schulen sei für manche Hallen daher eine frühere Vereinsnutzung erreicht worden. Die Endzeiten würden durch die tägliche Reinigung vorgegeben. Für die Nutzung während der Ferien habe man trotz notwendiger Grundreinigungsarbeiten Sonderregelungen ermöglicht. Die gegenüber der Presse geäußerte Kritik seitens zweier Vereine, sei angesichts der großen Unterstützung, die diese Vereine kreisseitig erhalten hätten, nicht nachvollziehbar.

Abgeordneter Wagner (AfD) hält den Antrag für begründet und nachvollziehbar. Sportler hätten einen großen Stellenwert in der Gesellschaft. Energiepolitik dürfe daher nicht dazu führen, dass der Sport eingeschränkt werde oder kalt geduscht werden müsse. Er befürchtet, dass dem Sport eine Unterbringung von Migranten in Sporthallen drohe.

Abgeordneter Ludwig (FWG) sieht unterschiedliche Wahrnehmungen der Antragsteller und des Kreisausschusses. Er halte es für sinnvoll, im Rahmen der Überarbeitung der Richtlinien den fachlichen Rat der Schulkommission einzuholen. Die Bedenken und Vorwürfe des Vorredners weist er ausdrücklich zurück.

Abgeordneter Hundertmark (CDU) schlägt vor, den Beschlusstext zu ergänzen: "Dazu erarbeitet der Kreisausschuss unter Einbeziehung der Sportkommission einen Vorschlag."

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann** über den Antrag der CDU-Fraktion einschließlich der vorgebrachten Ergänzung abstimmen:

Beschluss:

Die Nutzungsrichtlinien für die außerschulische Sporthallennutzung der Turnhallen des Lahn-Dill-Kreises werden kurzfristig gemeinsam mit den Nutzern überarbeitet. Ziel sollte sein, dass die Trainingszeiten für die Hallensportler einerseits flexibler, andererseits so zu gestalten, dass hallensportbetreibende Vereine möglichst lange die kreiseigenen Hallen, insbesondere im Winter, nutzen können. *Dazu erarbeitet der Kreisausschuss unter Einbeziehung der Sportkommission einen Vorschlag.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür

68 Ja-Stimmen (19 CDU, 17 SPD, 10 B90/Die Grünen, 7 FWG, 7 AfD, 3 FDP, 3 DIE LINKE, 2 fraktionslos)

1 Nein-Stimmen (SPD)

0 Enthaltungen

Zu TOP 3.

Studie zur Wohnraumsituation und Wohnraumbedarf im Lahn-Dill-Kreis

Antrag der CDU-Fraktion vom 13.01.2023

A-4/2023

Abgeordneter D. Steinraths (CDU) führt aus, dass man aktuell einen Rückgang bei der Besiedlung von ländlichen Gemeinden und verstetigte Urbanisierung durch Verlagerung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen in Metropolregionen erlebe. Der Zuzug von Geflüchteten erhöhe den Druck auf die Wohnraumsituation. Gleichzeitig erlebe die Baubranche massive Kostensteigerungen, Lieferkettenprobleme, schlechte Baustoffverfügbarkeit und überzogene Anforderungen an energetische Standards. Große Konzerne hätten bereits angekündigt, keine neuen Wohnungen mehr bauen zu wollen, da mit neuen Mieten von über 20 € zu rechnen sei. Eine Studie zur aktuellen Wohnraums- und Leerstandsituation sei daher notwendig.

Abgeordnete Ohnacker (DIE LINKE) sagt, dass Wohnen ein Menschenrecht sei. Der Wohnraum in kleineren Städten sei jedoch knapp und teuer. Im Gegensatz dazu gebe es besonders im nördlichen Dillkreis viele kleinere Ortschaften, in denen Wohnungen leer stünden. Durch Fördermittel von Kreis, Land und Bund gebe es eine Chance, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Eine Studie sei daher hilfreich.

Abgeordneter Wagner (AfD) sieht es so, dass der Antrag zum Ausspionieren führe und den Bürger gläsern mache. Es laufe darauf hinaus, dass man freien Wohnraum suche, weil immer mehr Migranten kämen.

Abgeordnete Kunz (SPD) sieht den Kreistag nicht als zuständig an, auch wenn man gern etwas bewegen wolle. Der Kreis habe dafür auch keinen eigenen Etat und könne nur über die Kreisumlage finanzieren. Es sei nicht klar, ob die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister einverstanden seien und ob sie ggfs. bereit seien, Wohnungsbau in anderen Städten und Gemeinden zu fördern. Fördermittel kämen bereits vom Bund, z. B. für den sozialen Wohnungsbau. Die Wohnraumsituation finde vor Ort statt und müsse auch vor Ort gesehen und behandelt werden. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister könnten sich für diesen Zweck auch mit Nachbarstädten und –gemeinden zusammenschließen.

Landrat Schuster (SPD) berichtet von vielen Gesprächen mit den Wohnungsbaugenossenschaften, die etwa die Hälfte der Einwohner mitversorgten. Der Einrichtung einer Kreis-Wohnungsbaugenossenschaft würden alle ablehnend gegenüberstehen. Im Übrigen halte das Statistische Landesamt alle benötigten Informationen bereits vor. Da man im Kreisgebiet 27,4 % des Familieneinkommens für eine Kaltmiete ausgabe, also ca. 6,80 €, sei die Lage im Vergleich zu anderen Regionen nicht so schlecht. Die Aktivitäten des Kreises auf dem Wohnungsmarkt seien gering, da man kein Bauland habe. Anders sei dies in den Städten und Gemeinden. Bei den Wohnungsbaugenossenschaften gebe es ebenfalls keine Bautätigkeiten, da die zu erwartenden Mietpreise zu hoch seien. Als Kreis könne man die Situation aber nicht ändern.

Abgeordneter Hundertmark (CDU) sieht demgegenüber den Kreis über die Beteiligungen an den Wohnungsbaugesellschaften als zuständig an. Initiativen und Aktivitäten des Kreises könnten eine wichtige Rolle spielen. Er nennt als Beispiel die Einrichtung einer Wohnraumbörse zur Unterbringung Geflüchteter durch den Kreis. Es gebe bereits Erkenntnisse übergeordneter Stellen sowie in den Städten und Gemeinden, die kreisseitig zusammengeführt werden könnten. Hierüber könne im Bauausschuss berichtet werden.

Vorsitzender Volkmann (CDU) lässt über den Geschäftsordnungsantrag auf Verweis in den Bauausschuss zur endgültigen Beschlussfassung abstimmen, nachdem es keine Gegenrede gibt:

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich zugestimmt

Zu TOP 4.

Förderung für Tierheime
Antrag der CDU-Fraktion vom 13.01.2023
A-6/2023

Abgeordnete Petersen (CDU) führt aus, dass Tierheime ohnehin nicht über viele Mittel verfügten. In den letzten Jahren sei jedoch ein krisenhafter Zustand erreicht worden. Kosten für Futtermittel und Tierarztgebühren seien gestiegen und in der Zeit der abebbenden Pandemie habe man vermehrt Tiere dort abgegeben. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Tierheimen würden ihre Arbeit sehr ernst nehmen und mit viel Herz und ehrenamtlicher Unterstützung versuchen, die Tiere wieder zu vermitteln. Der Kreis gewähre bereits eine Fundtierpauschale pro Tier und einen jährlichen Zuschuss. Für die Führung eines Tierheimes sei dies aber nicht mehr ausreichend.

Abgeordneter Zborschil (DIE LINKE) sieht Einigkeit darin, dass die Tierheime im Lahn-Dill-Kreis eine wichtige und großartige ehrenamtliche Arbeit leisteten. Die Rahmenbedingungen seien jedoch schwierig. Neben der finanziellen Ausstattung spricht er die Kastrationspflicht für Katzen an, die Folgekosten für die Tierheime ersparen würde. Er plädiert für eine Erhöhung der Fundtierpauschale.

Abgeordneter Ludwig (FWG) trägt vor, dass trotz Änderungen in der Finanzierung eine Lösung noch nicht gefunden worden sei. Auch weiterhin gebe es eine Unterfinanzierung. Er schlägt vor, die Thematik im HFWO zu beraten um je nach Einigkeit Mittel im nächsten Haushalt zu veranschlagen. Er geht davon aus, dass es sich selbst bei Abschluss von Verträgen weiterhin um freiwillige Leistungen handeln werde, da die Zuständigkeit bei den Städten und Gemeinden liege. Der Handlungsspielraum sei daher eingeschränkt.

Auf Nachfrage des **Vorsitzenden Volkmann (CDU)** teilt der **Abgeordneter Ludwig (FWG)** mit, dass es um einen Bericht über die Ergebnisse der Prüfung im HFWO gehe. **Vorsitzenden Volkmann (CDU)** schlägt daher vor, in den Beschlusstext einzufügen „...und im HFWO zu berichten,...“. Die antragstellende Fraktion erklärt sich hiermit einverstanden. Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, lässt er über den Antrag der CDU-Fraktion mit vorstehender Ergänzung abstimmen:

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten zu prüfen *und im HFWO zu berichten*, inwieweit die Zuschüsse an die Tierschutzvereine im Lahn-Dill-Kreis in eine institutionalisierte Förderung übergeleitet werden können. Gleichzeitig sollten die Summen der Fördergelder deutlich angehoben werden. Somit sollte der Charakter der Freiwilligkeit verlassen werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür

67 Ja-Stimmen (19 CDU, 18 SPD, 10 B90/Die Grünen, 7 FWG, 5 AfD, 3 FDP, 3 DIE LINKE, 2 fraktionslos)

2 Nein-Stimmen (AfD)

0 Enthaltungen

Zu TOP 5.

Errichtung einer Hebammenambulanz im nördlichen Dillkreis im Rahmen eines Modellversuches
Antrag der CDU-Fraktion vom 13.01.2023

A-7/2023

Abgeordnete Sommer (CDU) erinnert, dass die Geburtsstation im Krankenhaus in Dillenburg seit Jahresbeginn geschlossen sei. Seither habe sich die Versorgungslage für die werdenden Mütter im nördlichen Dillkreis verschlechtert. Wie überall mangle es auch im Lahn-Dill-Kreis an Hebammen. Die Homepage des Lahn-Dill-Kreises enthalte leider keine Informationen über Hebammen im Kreis. Hebammen seien für junge Familien aber eine sehr wichtige Unterstützung. Mit einer Hebammenambulanz, ähnlich wie im Rhein-Erft-Kreis, könnten wohnortnah Hebammen vermittelt und ein Vertreterpool aufgebaut werden.

Abgeordnete Ohnacker (DIE LINKE) sieht ebenfalls einen Bedarf für die Versorgung der werdenden Mütter im Nordkreis. Die Errichtung einer Hebammenambulanz sei dafür ein guter Ansatz. Zur Prüfung der notwendigen Schritte, Möglichkeiten und Ressourcen beantragt sie einen Verweis des Antrages in den Sozialausschuss unter Einladung der Vorsitzenden des Landesverbandes der hessischen Hebammen und Fachärzten.

Auf Nachfrage des **Vorsitzenden Volkmann (CDU)** stimmt die antragstellende CDU-Fraktion einem Verweis zur endgültigen Beschlussfassung im Sozialausschuss nicht zu. Er lässt daher über den Verweis zur nicht-endgültigen Beschlussfassung abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

Abgeordnete Kunz (SPD) stellt fest, dass man nicht so genau wisse, wie Frauen im Lahn-Dill-Kreis eigentlich entbinden wollten. Es gebe unterschiedliche Möglichkeiten. Sie wünsche jeder Frau dabei eine engagierte Hebamme an ihrer Seite. Da eine Anlaufstelle für Hebammen weggefallen sei, sei eine Prüfung sinnvoll, wie eine andere Anlaufstelle aussehen könne. Eine Hebammenambulanz könne eine solche Anlaufstelle werden, wenn sie zum Selbstverständnis der Hebammen und den Bedürfnissen der werdenden Mütter passe. Sie stellt daher einen Änderungsantrag.

Abgeordnete G. Esch (FWG) spricht sich ebenfalls dafür aus, das Vorgehen offener zu gestalten. Sie möchte sich weiterhin für eine bestmögliche Unterstützung von Frauen in der Schwangerschaft, um die Geburt herum und in der Nachsorge im Nordkreis einsetzen. Dafür brauche man verlässliche Strukturen. Im Lahn-Dill-Kreis habe man zu wenige, aber sehr engagierte Hebammen sowie eine Frauenkommission. Sie könne sich vorstellen, mit diesen Protagonisten unter Moderation des Lahn-Dill-Kreises eine AG Schwangerschaft, Geburt und Nachsorge einzurichten. Diese könnte Vorschläge zur zukünftigen Versorgungsstruktur passgenau entwickeln.

Abgeordnete A.-L. Bender (CDU) erinnert an den Antrag ihrer Fraktion aus 2022, mit dem ein Unterstützungspaket für freiberufliche Hebammen im Lahn-Dill-Kreis etabliert werden sollte. Man sei gemeinsam bestrebt, Verbesserungen zu finden. Es habe sich jedoch nicht viel getan, da die Mittel für freiwillige Leistungen begrenzt seien. Man wolle das Anliegen in den Haushaltsberatungen aber erneut aufnehmen. Eine Lösung für junge Familien im Nordkreis müsse dringend erzielt werden, da es zu wenig Hebammen gebe und sich die Familien nicht mehr an die Klinik wenden könnten. Die Einrichtung einer Ambulanz könne eine solche Lösung sein.

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand (SPD) sagt zur Finanzierung, dass diese eigentlich eine Angelegenheit der Krankenversicherung sei. Eine originäre Unterstützung aus Kreismitteln sei aus diesem Grund schwierig. In den letzten Monaten habe man eine Dienstversammlung der Hebammen und Geburtshelfer durchgeführt. Derzeit erfasse die Abteilung Gesundheit die Situation, um herauszufinden, ob es ein Versorgungsproblem gebe. Er zeigt sich offen dafür, die Frauen- und Gleichstellungskommission oder den Sozialausschuss mit der Thematik zu befassen.

Abgeordnete Klement (Bgo/Die Grünen) trägt vor, dass eine Hebammenambulanz eine Plattform für Informationen und Termine sei. Sie befürchtet, dass dies allein die Probleme nicht lösen werde und stellt in Frage, ob eine Hebammenambulanz überhaupt im Kreis gebraucht werde. Dies müsse untersucht werden, da sich mit der Aufgabe der Geburtsklinik entscheidende Rahmenbedingungen geändert hätten. Es fehle im Grunde genommen nicht an Hebammen, sondern an Ärzten in der Geburtshilfe. Der Kreis müsse daher für Hebammen, Ärzte und Mütter gleichermaßen attraktiv gemacht werden. Sie hoffe auf einen informativen Bericht im Sozialausschuss.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Bgo/Die Grünen, FWG und FDP abstimmen, die letzten drei Worte des Beschlusstextes „...und diese einzuleiten.“ zu streichen:

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich zugestimmt

Auf Nachfrage des **Vorsitzenden Volkmann (CDU)** ergibt sich kein Widerspruch dagegen, die von der Abgeordneten Klement (Bgo/Die Grünen) gewünschte Abstimmung im Sozialausschuss in den Beschlusstext aufzunehmen.

Vorsitzender Volkmann (CDU) lässt schließlich über den Antrag der CDU-Fraktion einschließlich der zuvor beschlossenen Änderungen der Fraktionen SPD, Bgo/Die Grünen, FWG und FDP abstimmen:

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten, die notwendigen Schritte zu prüfen, die zur Einrichtung einer Hebammenambulanz im nördlichen Dillkreis erforderlich sind ~~und diese einzuleiten~~ und im *Sozialausschuss zu berichten.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt, 0 Enthaltungen

Zu TOP 6.

Unterstützung der Tafeln

Antrag der CDU-Fraktion vom 13.01.2023

A-9/2023

Abgeordnete Sommer (CDU) beschreibt die Lage der Tafeln bereits vor der Pandemie als sehr angespannt. In der Zeit der Pandemie habe sich die Zahl der Kunden vervielfacht. Erhöhte Heiz- und Lebensmittelkosten als Folgen des Krieges in der Ukraine seien für alle spürbar. Auch wenn in Deutschland jeder Mensch Anspruch auf ausreichende Sozialleistungen habe, gebe es immer mehr Menschen, die Schwierigkeiten hätten, mit ihrem Einkommen auszukommen, und die auf die Unterstützung der Tafeln angewiesen seien. Allein die Tafel in Wetzlar versorge etwa 3.200 Menschen. Die Arbeit werde durch viele ehrenamtlicher Helfer gestemmt, wofür sie sich bedankt. Trotz steigender Zahl von Bedürftigen würden die Lebensmittelspenden aktuell jedoch abnehmen, so dass weitere Unterstützung benötigt werde.

Abgeordnete Ohnacker (DIE LINKE) sieht in dem Anstieg der Tafel-Nachfrage einen Weckruf. Einige Initiativen seien bereits gezwungen, einen Aufnahmestopp auszusprechen. Das ehrenamtliche Engagement in den Tafeln finde sie bewundernswert. Ziel sei jedoch ein echtes Bürgergeld zu bekommen, das Tafeln überflüssig mache.

Abgeordnete Kunz (SPD) zeigt sich dankbar für den Antrag. Er sei jedoch bereits überholt, da der Nachtragshaushalt zur Beschlussfassung auf der Tagesordnung stehe, in den 20.00 € für diesen Zweck eingestellt seien. Die Tafeln seien notwendig. Die Art und Weise wie dort gearbeitet werde, sei wertschätzend und aufbauend. Die Arbeit umfasse mehr als nur die Ausgabe des Essens. Die Menschen würden vielmehr zurück in die Eigenverantwortung und Selbstbestimmung gebracht. Zusammen mit dem Jobcenter würden dort Langzeitarbeitslose über eine Maßnahme befähigt, erfolgreich zurück in den ersten Arbeitsmarkt zu kehren. Als Zeichen der Wertschätzung der Arbeit in den Tafeln habe man den Geldbetrag in den Nachtragshaushalt eingestellt.

Abgeordneter Bellinghausen (AfD) fragt, ob die Abgeordnete Ohnacker (DIE LINKE) einen Aufnahmestopp der Tafeln oder der Flüchtlinge gemeint habe. Die Politik der Vorrednerin verschärfe die Situation, indem um den Kuchen herum immer mehr Leute verteilt und die Stücke kleiner würden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** zunächst über den Hauptantrag der CDU-Fraktion abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

28 Ja-Stimmen (20 CDU, 6 AfD, 3 DIE LINKE)

40 Nein-Stimmen (18 SPD, 11 B90/Die Grünen, 7 FWG, 3 FDP, 1 AfD)

2 Enthaltungen (2 fraktionslos)

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) sieht den Alternativantrag der Koalitionsfraktionen als erledigt an, insoweit beantragt werden, eine Summe für die Tafeln im Nachtragshaushalt vorzusehen.

Da die Summe im Änderungsantrag des Landrates vorgesehen sei und nicht in der Originalfassung des mit der Haushaltsrede vorgelegten Haushaltes, gelte die Summe noch nicht als in den Haushalt eingebracht, stellt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** fest, und lässt formal über den Alternativantrag der Fraktionen SPD, B90/Die Grünen, FWG und FDP abstimmen:

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten zu prüfen, in welcher Form der Kreis die Tafeln und ähnliche Einrichtungen im Lahn-Dill-Kreis unterstützen kann.

1. Der Kreistag dankt den Trägerinnen und Trägern der Tafel und ähnlicher Einrichtungen im Lahn-Dill-Kreis für ihre wichtige Arbeit.
2. Der Kreistag des Lahn-Dill-Kreises bittet den Kreisausschuss im Nachtragshaushalt die Summe von 20.000 € vorzusehen, um die Tafeln und ähnliche Einrichtungen im Lahn-Dill-Kreis weiter zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür

70 Ja-Stimmen (20 CDU, 18 SPD, 11 B90/Die Grünen, 7 FWG, 6 AfD, 3 FDP, 3 DIE LINKE, 2 fraktionslos)

1 Nein-Stimmen (AfD)

0 Enthaltungen

Zu TOP 7.

Steigende Wolfszahlen im Lahn-Dill-Kreis

Resolutionsantrag der CDU-Fraktion vom 16.01.2023

A-10/2023

Abgeordnete L. Schäfer (CDU) stellt fest, dass die Zahl der Wölfe exponentiell ansteige und sich der Wolf im Lahn-Dill-Kreis ausbreite. Er bedrohe die Weidetierhaltung und verbreite Angst und Schrecken. In den zuständigen Ministerien auf Bundes- und Landesebene verfolge man jedoch eine Wolfspolitik der Ignoranz und des Wunschdenkens. Man müsse zumindest anerkennen, dass der Wolf eine Gefahr für Waldkindergärten darstelle, und landesweite Hinweise an die Wald-Kitas mit Verhaltensregeln geben. Auch die Weidehaltung sei ohne eine Regulierung des Wolfsbestandes nicht möglich. Schließlich müsse es klare Regelungen zu Schutzmaßnahmen und Entschädigungen geben. Sie begrüße es daher, dass ganz Hessen als Wolfspräventionsgebiet ausgewiesen werden solle. Weitere Maßnahmen, die im Antrag gefordert würden, seien dringend erforderlich.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) bestätigt die exponentiell zunehmende Wolfspopulation in Hessen und die zunehmende Bedrohung für Weidetiere und punktuell für Menschen. Man habe daher einen inhaltsgleichen Antrag auf Landesebene gestellt. Der Wolf habe eine Lebensberechtigung. Man sehe ihn jedoch nicht mehr als bedrohte Tierart an. Die sich etablierende Wolfspopulation müsse kontrolliert und begrenzt werden. Weidetiere und Menschen müssten geschützt werden, auch wenn man dafür einzelne Wölfe töten müsse. Schon die Ausweisung des gesamten Kreisgebietes als Wolfspräventionsgebiet habe Auswirkungen auf mögliche Schutzmaßnahmen und Entschädigungen.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) stellt im Namen der Koalitionsfraktionen einen Änderungsantrag (siehe Anlage).

Vorsitzender Volkmann (CDU) bittet die Abgeordneten des Kreistages, die Redebeiträge angesichts der fortgeschrittenen Zeit möglichst kurz zu halten. Da der eingereichte Änderungsantrag in Bezug auf Punkt 1 des CDU-Antrages weder etwas ändere noch eine Alternative aufzeige, handele es sich nicht um einen Änderungsantrag. Er werde daraufhin jedoch die einzelnen Punkte des Hauptantrages einzeln abstimmen lassen.

Abgeordneter Bellinghausen (AfD) unterstützt den Antrag der CDU-Fraktion im Interesse der landwirtschaftlichen Familien und der Weidetierhaltung. Er spricht sich für eine Begrenzung der Wolfspopulation auf niedrigem Niveau aus und eine großzügige Entschädigung von Wolfsrissen nebst einer Beweislastumkehr. Er befürchtet andernfalls Betriebsaufgaben durch Risse und zusätzliche Arbeiten an Schutzmaßnahmen. Er schildert den behördlichen Ablauf bei erfolgten Rissen und kritisiert die Bürokratie.

Vorsitzender Volkmann (CDU) wiederholt seinen Appell, sich kurz zu fassen.

Abgeordnete Klement (B90/Die Grünen) bemängelt, dass der Antrag aufgrund seiner Länge ihrer Meinung nach nicht geschäftsordnungskonform sei. Man sei im Übrigen nur mit Punkt 1 einverstanden und ausdrücklich nicht mit dem vorangestellten Passus des Antrages. Über steigende Wolfszahlen könne man sich auch freuen. Der Wald brauche den Wolf, da er den Jägern helfe, Verbiss Schäden an Bäumen zu reduzieren, indem Schwarz- und Rotwildzahlen auf ein verträgliches Maß reduziert würden. Die berechtigten Sorgen der Landwirte müssten ebenfalls ernst genommen werden und Schutzmaßnahmen durch Förderungen ermöglicht werden. Dies erreiche man durch Ausweisung als Wolfspräventionsgebiet. Der Antrag fordere darüber hinaus rechtswidriges, überflüssiges, oder man mache das Beantragte bereits.

Abgeordneter Hantusch (fraktionslos) steht für Informations- und Schulungsmaßnahmen, sieht jedoch keine potentielle Gefahr für Waldkindergärten durch den Wolf. Laut Statistik habe es bislang keinen einzigen Wolfsangriff in Europa auf Menschen gegeben. Eine Wolfsobergrenze mache angesichts der ungleichen Verteilung in Deutschland für ihn keinen Sinn. Damit, dass der Lahn-Dill-Kreis wolfsfreie Zone werde, sei angesichts der Gegebenheiten nicht zu rechnen.

Abgeordneter Hantusch (fraktionslos) beantragt die getrennte Abstimmung über die einzelnen Punkte.

Abgeordneter Mulch (AfD) spricht die im Antrag geforderte Entnahme des Wolfes an. Dies bedeute im Klartext, dass er erschossen werden solle. Wenn der Mensch sich anmaße, Natur und Evolution regulieren zu wollen, gehe dies meistens schief. Der Wolf sei eine Schlüsselspezies, die zur Erholung der Wälder beitragen könne, indem er Rotwild und Rehe kurzhalte. Dennoch sollten die Weidetierhalter mit ins Boot genommen werden, indem Schäden kompensiert würden. Dies solle schnell und unbürokratisch erfolgen.

Vorsitzender Volkmann (CDU) bezieht sich auf die Länge des Fraktionsantrages und führt aus, dass bei Resolutionsanträgen der Resolutionstext traditionell in voller Länge in den Beschluss aufgenommen werde. Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Antrag der CDU-Fraktion, getrennt nach einzelnen Punkten, abstimmen:

Einleitungstext und Punkte 2-7:

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich abgelehnt

Punkt 1:

Beschluss:

Der Kreistag des Lahn-Dill-Kreises fordert die Bundes- und Landesregierung sowie die EU-Kommission auf, eine weitere Ausbreitung des Wolfes zu begrenzen und die Sorgen der Tierhalter, Jäger und Menschen im ländlichen Raum ernst zu nehmen und die Entnahme von Wölfen rechtssicher zu ermöglichen.

Hierzu sollten folgende Punkte Berücksichtigung finden:

1. Der gesamte Lahn-Dill-Kreis muss vom Hessischen Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie (HLNUG) als Wolfspräventionsgebiet eingestuft werden.
2. Die Hessische Landesregierung soll einen runden Tisch bzw. ein Dialogforum „Weidetierhaltung/ Wolf in Hessen“ mit einem regelmäßig stattfindenden Informationsaustausch durch das Wolfszentrum Hessen (WZH) etablieren.
3. Das Hessische Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz muss die Gefahr für Waldkinderergärten anerkennen und gezielte Informations- bzw. Schulungsmaßnahmen zur Verfügung stellen.
4. Der Kreistag des Lahn-Dill-Kreises fordert die Hessische Landesregierung auf, eine Populationsstudie zum Wolf in Hessen in Auftrag zu geben.
5. Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine Wolfsbergrenze einzuführen.
6. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein effektives Wolfsmanagement nach dem Vorbild anderer EU-Mitgliedstaaten, wie z.B. Schweden, einzuführen, das den Schutz von Weidetieren, den Bedürfnissen der Menschen und dem Schutz des Wolfes gleichermaßen Rechnung trägt. Dazu gehört:

- a. Vereinfachte Möglichkeiten für eine rechtssichere Wolfsentnahme im Rahmen eines Bestandsmanagement zu schaffen.
- b. bei der EU-Kommission aufgrund der hohen Anzahl an Wölfen im Bundesgebiet den Antrag zu stellen, den Wolf von Anhang 4 in Anhang 5 der FFH-Richtlinie neu einzustufen, so dass bei einem günstigen Erhaltungszustand des Wolfes ein effektives Wolfsbestandsmanagement erfolgen kann;
- c. in Arealen, in denen ein effektiver Herdenschutz technisch und zu vertretbaren Kosten nicht umzusetzen ist, müssen wolfsfreie Zonen definiert werden.
- d. einen Gesetzentwurf zur Änderung des Bundesjagdgesetzes vorzulegen, der die Aufnahme des Wolfes in den Katalog der jagdbaren Arten vorsieht;

7. Die EU-Kommission wird aufgefordert, die EU-Wolfsstrategie neu zu bewerten und den Schutzstatus des Wolfes von „streng“ auf „bedingt“ geschützt zu senken.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür

70 Ja-Stimmen (20 CDU, 18 SPD, 11 B90/Die Grünen, 7 FWG, 7 AfD, 3 FDP, 3 DIE LINKE, 1 fraktionslos)

1 Nein-Stimmen (fraktionslos)

0 Enthaltungen

Zu TOP 8.

Prüfung zur Einführung des Projektes "fifty-fifty" (Energiesparen an Schulen) an den heimischen Schulen

Antrag der Fraktionen SPD, B90 Die Grünen, FWG und FDP vom 16.01.2023

A-12/2023

Abgeordneter Brockhoff (B90/Die Grünen) trägt vor, dass übergeordnetes Ziel des Projektes das Einsparen von Energie sei. Dies komme dem Klimaschutz zugute und führe zu einer finanziellen Entlastung des Kreishaushaltes und der Schulhaushalte. Bei Einführung des Projektes könnten Schulen, die bereits Maßnahmen durchführten (z. B. Umweltschulen), direkt finanziell beteiligt werden. Die Hälfte der eingesparten Kosten würde den Schulen ohne Zweckbindung frei zur Verfügung stehen. Aktuell nehmen 3.500 Schulen an dem Projekt teil. Jede Schule habe im Schnitt

den Verbrauch um 80 MWH reduziert, was zu einer finanziellen Entlastung von ca. 5.000 € pro Schule gesorgt habe und zu einer Einsparung von 25 Tonnen Co2.

Abgeordnete Niggemann (AfD) rechnet nur mit geringen Einspareffekten. Seit Jahren habe man ja schon einen Klimaschutzmanager, der hieran arbeite. Sie vermutet, dass es bei diesem Projekt vielmehr um politische Indoktrination und die Verbreitung von Ideologien gehe. Das beteiligte Institut sei aus ihrer Sicht nicht unabhängig.

Abgeordneter L. Müller (CDU) sieht in dem Projekt einen Beitrag zur Energiewende durch konkrete Energiesparmaßnahmen im Rahmen eines Anreizsystems. Die Bedenken der Vorrednerin seien ggfs. in der beantragten Prüfung zu berücksichtigen. Die Idee sei jedoch weder neu noch innovativ, da sie bereits im Koalitionsvertrag stünde. Sie hätte somit auch ohne Antrag bereits umgesetzt werden können.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Antrag der Fraktionen SPD, B90/Die Grünen, FWG und FDP abstimmen:

Beschluss:

Die Initiatoren des Projektes „fifty-fifty“ (Energiesparen an Schulen) werden zur Vorstellung des Projektes in eine gemeinsame Sitzung der Ausschüsse für Umwelt und Bildung eingeladen. Der Kreisausschuss wird gebeten, eine Prüfung vorzunehmen, ob das Projekt „fifty-fifty“ (Energiesparen an Schulen) an den heimischen Schulen eingeführt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür

63 Ja-Stimmen (20 CDU, 18 SPD, 11 B90/Die Grünen, 7 FWG, 3 FDP, 3 DIE LINKE, 1 fraktionslos)

8 Nein-Stimmen (7 AfD, 1 fraktionslos)

0 Enthaltungen

Zu TOP 9.

Erfüllung Energievorgaben

Antrag der CDU-Fraktion vom 03.03.2023

A-18/2023

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) fragt, was der Kreisausschuss in dieser Stelle mache. Auf den Schuldächern finde man Kies oder Pappe, statt Photovoltaikanlagen. Auf den Lehrerparkplätzen sehe man Wände, statt Wallboxen. An manchen Schulen würden die Heizungsanlagen wegen fehlender Steuerungsmöglichkeit sogar im Sommer laufen. Energetische Überprüfungsmaßnahmen fänden nicht statt. Die Anforderungen, die man gegenüber Bürgern stelle, würde der Kreis selbst nicht erfüllen. Der Haushalt etwa enthalte keine Investitionen für die energetische Wärmewende, die es auch beim Kreis brauche. Es sei wichtig, dass man sich auf den Weg mache, um Vorbild für Städte und Gemeinden zu sein.

Abgeordneter Dworschak (B90/Die Grünen) gibt zu bedenken, dass Kosten für Wärmemaßnahmen im Haushalt in den gesamten Aufträgen inkludiert seien. Hintergrund für das Gebäudeenergiegesetz sei, dass man weg von Öl und Gas wolle, um bis 2045 klimaneutral zu werden. Mit dem seitens der Koalition beantragten Konzept werde der Hauptantrag optimiert. Die Liegenschaften sollten mit Priorität saniert werden. Die Vorhaben sollten im Rahmen einer 5-Jahres-Planung dargestellt und dem Umweltausschuss solle jährlich berichtet werden.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

25 Ja-Stimmen (20 CDU, 3 DIE LINKE, 1 AfD, 1 fraktionslos)

44 Nein-Stimmen (18 SPD, 11 B90/Die Grünen, 7 FWG, 3 FDP, 5 AfD, 1 fraktionslos)

2 Enthaltungen (1 AfD, 1 fraktionslos)

Schließlich lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Alternativantrag der Fraktionen SPD, B90/Die Grünen, FWG und FDP abstimmen:

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, im Bauausschuss darzustellen und aufzuzeigen, wie er die Vorgaben, die die Bürgerinnen und Bürger trifft, selbst erfüllen will.

Insbesondere ist darzustellen, welche Maßnahmen an welchen Gebäuden, mit welchem erwartbaren Aufwand ergriffen werden müssen und welche Kosten ab 2024 hier eingeplant werden.

Darüber hinaus wird der Kreisausschuss aufgefordert, die Darlegung auch auf die bestehenden Anlagen und Versorgungssysteme auszudehnen, da die Bundesregierung nach Berichterstattungen durch die Medien beabsichtigt, die Besteuerungsanteile auch auf Bestandsanlagen auszuweiten.

Der Kreisausschuss wird schließlich aufgefordert, darzustellen welchen Anteil die fossile Wärmeerzeugung bei welchem Gebäude hat, welchen Anteil die erneuerbaren Eigenenergien daran haben und welche Kosten nach Energieart zurzeit entstehen.

Der Kreisausschuss wird gebeten, für den eigenen Gebäudezustand ein Konzept zur Erreichung der Klimaziele zu erstellen. Die Zielerreichung ist anhand einer CO₂-Bilanz zu überwachen. Im

Umweltausschuss soll dazu jährlich berichtet werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür

70 Ja-Stimmen (20 CDU, 18 SPD, 11 B90/Die Grünen, 7 FWG, 6 AfD, 3 FDP, 3 DIE LINKE, 2 fraktionslos)

1 Nein-Stimmen (AfD)

0 Enthaltungen

Zu TOP 10.

Bestandsgarantie Klinikstandort Dillenburg

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 27.01.2023

A-13/2023

Abgeordneter Zborschil (DIE LINKE) sieht die Frage nach einer Bestandsgarantie für den Klinikstandort Dillenburg als berechtigt an, da eine Anfrage an den Kreisausschuss insbesondere hinsichtlich der Bestandsgarantie nicht vollumfänglich beantwortet worden sei. Seine Fraktion stehe hinter den Klinikstandorten, hinter den Beschäftigten, und hinter einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung, auch im nördlichen Teil des Lahn-Dill-Kreises. Der Alternativantrag sei inhaltlich erfreulich und beinhalte einen Auftrag für die Zukunft. Vielleicht helfe das Signal, dass man geschlossen hinter Dillenburg stehe, auch bei der Rekrutierung neuen Personals, das man dringend brauche. Eine Klinik mit Rückendeckung der Kreisorgane gewinne schließlich an Attraktivität.

Abgeordneter Dette (FDP) betont, dass sich die kommunale Trägerschaft der Kliniken über viele Jahre bewährt habe. Dies zeige sich in den großen Investitionen, die man getätigt habe und noch tätigen werde (Weaning-Station). Alle drei Standorte sollten auf diese Weise fit für die Zukunft gemacht werden. Alle Kreisgremien hätten sich in der Vergangenheit einmütig für die kommunale Trägerschaft ausgesprochen und betont, dass damit die ärztliche, medizinische und präventive

Versorgung der Bevölkerung bestens gesichert werde. Die mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE unterstellte Haltung, man wolle das Angebot am Klinikstandort schleichend reduzieren, gebe es nicht. Man habe vielmehr sehr intensiven Aufwand betrieben, um ärztliches Personal für Dillenburg zu gewinnen. Erst kürzlich habe man die Stellen der ärztlichen Leitungen in Dillenburg wegen ihrer wichtigen Funktion zu Chefarztstellen aufgewertet. Es sei klares Ziel des Kreisausschusses, der Klinikleitung und des Kreistages, das vorhandene medizinische Angebot in Dillenburg nicht nur zu erhalten, sondern weiterhin attraktiv zu gestalten und punktuell zu erweitern. Die Zukunft der Kliniken hänge aber entscheidend davon ab, wie sich die Reformpläne des Bundesgesundheitsministers auf kleine Kliniken auswirken würden.

Abgeordnete Niggemann (AfD) sieht Einigkeit darin, dass alle versucht hätten, die Geburtsstation zu retten. Sie befürchtet, dass je nach Ausgang der Planungen des Gesundheitsministers weitere Schließungen drohen könnten. Dagegen solle der Kreistag ein starkes Zeichen setzen. Sie halte den Antrag daher für berechtigt und sinnvoll.

Abgeordnete Ohnacker (DIE LINKE) trägt vor, dass nicht nur die Stimmung unter den Bediensteten, sondern auch in der Bevölkerung schlechter geworden sei. Man befürchte, dass es den Standort in Dillenburg nicht mehr lange geben könnte. Insgesamt verzeichne man für die Klinik in Dillenburg einen Personalmangel. Um die Pflegekräfte gebe es einen regelrechten Konkurrenzkampf. Sie halte es daher für notwendig, dass sich der Landrat für einen Bestand der Klinik in Dillenburg ausspreche.

Landrat Schuster (SPD) fragt die Fraktion DIE LINKE, ob sie denn nichts mehr mitbekomme und den Kreistag belüge. Er unterstellt, dass die Vorrednerin Wahlkampf auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Dillenburg mache, indem ohne Not über Schließungen am dortigen Standort geredet werde. Dies gehöre sich nicht und könne potentielle Bewerberinnen und Bewerber abschrecken. Er stehe ausdrücklich zu den Klinikstandorten des Kreises. Die Gesetzgebung könne der Kreistag nicht übernehmen – bislang sei jedoch noch nichts entschieden.

Abgeordneter Deusing (CDU) stellt fest, dass das Eigenkapital der Kliniken stabil sei. Die Investitionsvolumina von 20 Mio. € würden nicht für das sprechen, was seitens der Fraktion DIE LINKE suggeriert werde. Anders als im Antrag der Fraktion DIE LINKE dargestellt, habe der Landrat in der Kreistagssitzung am 19.12.2023 wörtlich gesagt, dass die öffentliche Trägerschaft der Lahn-Dill-Kliniken in keiner Weise zur Debatte stehe. In einer globalen Betrachtung des Gesundheitswesens im Kreis habe man sich daher gemeinsam zu dem anliegenden Änderungsantrag entschlossen.

Abgeordnete Kunz (SPD) betont, dass Landrat Schuster (SPD) schon immer für alle Klinikstandorte gekämpft und gestanden habe. Sie bedankt sich dafür. Die Begründungen der antragstellenden Abgeordneten seien nicht sachlich, so dass es ihnen nicht um die Sache zu gehen scheine. Wenn alle sich aber für die Kliniken einsetzten, werde man das gemeinsam hinbekommen.

Abgeordneter Zborschil (DIE LINKE) weist die Unterstellungen zurück. Man hätte Unsicherheiten im Vorfeld ausräumen und den Antrag damit verhindern können.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) trägt vor, dass Hessen im Vergleich zu anderen Bundesländern mehr für Krankenhäuser und Krankenhausversorgung auf dem Land tue, als andere. Im Lahn-Dill-Kreis habe man eine lokale Versorgung mit guten Krankenhausbetten, auf die man stolz sein könne. Fakt sei, dass alle die Krankenhäuser im Lahn-Dill-Kreis wollten. Man werde sich dafür einsetzen, dass es die Standorte gebe und die Bürgerinnen und Bürger des Kreises wohnortnahe und qualitativ hochwertige Krankenhausbettversorgung bekommen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** zunächst über den Antrag der Fraktion DIE LINKE abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

10 Ja-Stimmen (3 DIE LINKE, 6 AfD, 1 fraktionslos)

61 Nein-Stimmen (20 CDU, 18 SPD, 11 B90/Die Grünen, 7 FWG, 3 FDP, 1 AfD, 1 fraktionslos)

0 Enthaltungen

Schließlich lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Alternativantrag der Fraktionen CDU, SPD, B90/Die Grünen, FWG und FDP abstimmen:

Beschluss:

*Der Kreistag spricht eine Bestandsgarantie für den Klinikstandort Dillenburg aus.
Der Kreistag des Lahn-Dill-Kreises bestätigt erneut die Standorte Wetzlar, Dillenburg und Braunfels in kommunaler Trägerschaft der Lahn-Dill-Kliniken.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür

69 Ja-Stimmen (20 CDU, 18 SPD, 11 B90/Die Grünen, 7 FWG, 6 AfD, 3 FDP, 3 DIE LINKE, 1 fraktionslos)

1 Nein-Stimmen (AfD)

1 Enthaltung (fraktionslos)

Zu TOP 11.

Armutsbetroffenheit im Lahn-Dill-Kreis

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 27.02.2023

A-15/2023

Abgeordnete Ohnacker (DIE LINKE) ist der Ansicht, dass Armut in einem reichen Land, wie Deutschland, ein Fremdwort sein sollte. Immer mehr Menschen in Hessen seien jedoch arm. Die Lage werde sich aufgrund der multiplen Krisen weiter verschlechtern. An Regelsätzen könne man auf Kreisebene nichts ändern. Man könne jedoch mit kommunaler Schwerpunktsetzung die gesellschaftliche Teilhabe stärken und so die Lebenschancen von Menschen im Kreis verbessern.

Abgeordneter Bellinghausen (AfD) unterstellt, dass die antragstellende Partei die Krisen, die für Armut verantwortlich seien, selbst verstärke. Er nennt als Beispiel die Migration, Wohnungsnot und Energiepreise. Mit dem Füllhorn staatliche Hilfen würden dann die Menschen immer abhängiger vom Staat gemacht. Wirklich soziale Politik sei mehr netto vom brutto, statt immer höhere Steuern.

Vorsitzender Volkmann (CDU) rügt den in der Rede des Abgeordneten Bellinghausen (AfD) verwendeten Begriff „shithole“ als unparlamentarischen Kraftausdruck.

Abgeordneter Brockhoff (B90/Die Grünen) stellt fest, dass die Zahlen erschütternd seien und man etwas dagegen tun müsse. Ein Bericht im Ausschuss sei daher sinnvoll. Er beantragt getrennte Abstimmung über beide Beschlussteile.

Abgeordnete Deusing (CDU) stellt die Motivation des Antrages in Frage, da die Zahlen längst vorliegen würden und abgerufen werden könnten. Das Problem vor Ort werde seitens des Kreisausschusses gelöst und notwendige Maßnahmen würden umgesetzt.

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand (SPD) sieht Armutsbetroffenheit als ein sehr wichtiges Thema an. Gern stelle er die Fakten im Sozialausschuss dar. Wichtig sei der Vergleich der Lagen innerhalb der Gesellschaft. Es gebe Baustellen im Lahn-Dill-Kreis. Die soziale Infrastruktur für Kinder, ältere Menschen und insgesamt sei jedoch sehr stark. Fast wöchentlich gebe es Neuerungen in der sozialen Gesetzgebung zur Bekämpfung von Armut, die von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch mit ehrenamtlicher Unterstützung umgesetzt würden. Er spricht die soziale Grundsicherung für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen an, den Unterhaltsvorschuss sowie das Anheben des Wohngeldes in Deutschland. Die Bündelung und der Zugang zu sozialen Leistungen sei wichtig, genauso wie der Abbau bürokratischer Hürden, damit die Leistungen auch ankommen würden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Antrag der Fraktion DIE LINKE, getrennt nach Beschlusstexten abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Teil 2

Mehrheitlich dagegen

3 Ja-Stimmen (DIE LINKE)

69 Nein-Stimmen (21 CDU, 18 SPD, 11 B90/Die Grünen, 7 FWG, 3 FDP, 2 fraktionslos 7 AfD)

0 Enthaltung:

Teil 1:

Beschluss:

1. Der Kreisausschuss wird aufgefordert, in der nächsten Sitzung des zuständigen ~~Fach Sozial~~ausschusses über den momentanen Stand der Armutsbetroffenheit und deren Entwicklung zu berichten.
2. ~~Der Kreisausschuss wird aufgefordert im zweijährigen Rhythmus einen Bericht zur Armutsbetroffenheit im Lahn-Dill-Kreis zu erstellen und diesen zu veröffentlichen.~~

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür

44 Ja-Stimmen (18 SPD, 11 B90/Die Grünen, 7 FWG, 3 FDP, 3 DIE LINKE, 2 fraktionslos)

28 Nein-Stimmen (21 CDU, 7 AfD)

0 Enthaltung

Vorsitzender Volkmann (CDU) schließt die Sitzung des Kreistages um 13:00 Uhr und bedankt sich bei den Kreistagsabgeordneten für Ihre Teilnahme.

Wetzlar, 26.05.2023

gez.

Johannes Volkmann
Kreistagsvorsitzender

Birgit Klein
Schriftführerin